

# Wenig Einigkeit in der schweizerischen Energiepolitik : wie weiter nach der "Denkpause"?

Autor(en): **Carugo, Marco**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **24 (1997)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909761>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wenig Einigkeit in der schweizerischen Energiepolitik

# Wie weiter nach der «Denkpause»?

**Wo steht die Schweiz in Sachen Energiepolitik? Wie hält sie es mit der Kernkraft, den alternativen Energien und den Energiesparmassnahmen? Ein Überblick zu den Stichworten Moratorium, Energiegesetz und «Energie 2000».**

**A**uch wenn die Zukunft der Kernenergie in der Schweiz höchst ungewiss ist, steht eines fest: Ohne Kernkraftwerke könnte heute die globale Stromnachfrage nicht gedeckt werden. In der Schweiz werden zurzeit

Marco Carugo\*

44,5 Prozent des Stromvolumens durch AKWs produziert. Zwar haben Volk und Stände am 23. September 1990 die Volksinitiative «Für einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie» abgelehnt, doch das Schicksal dieser Energieform in der Schweiz scheint dennoch besiegelt. Ein untrügliches Zeichen dafür war der teure Verzicht auf die umstrittenen Atomkraftwerke von Kaiseraugst und Graben.

## Zehnjähriges Moratorium

Die anlässlich derselben Abstimmung angenommene Initiative für ein zehnjähriges Moratorium hat bisher nicht zu den erhofften energiepolitischen Wunderlösungen geführt. Unter anderem aufgrund der inzwischen sechs Jahre anhaltenden Rezession und einer deshalb relativ geringen Zunahme der Stromnachfrage dürfte die von der Moratoriumsinitiative verordnete «Denkpause» die Stromversorgung nicht gefährden. Die Kapazitäten für die Stromversorgung reichen voraussichtlich noch eine gewisse Zeit aus, auch dank Importen während des Winters. Im Jahre 1996 stieg der Stromkonsum um lediglich 1,7 Prozent, gegenüber 2,1 Prozent im Jahre 1995. Das sind ziemlich bescheidene Werte, die den Trend der letzten Jahre bestätigen.

Weil also kaum ein starker Anstieg der Stromnachfrage zu erwarten ist und sich wahrscheinlich kein Stromversor-

ger in ein neues Kernenergie-Abenteuer stürzen dürfte, ist wohl zu erwarten, dass sich unser Land auch in Zukunft mit den bestehenden Atomkraftwerken wird «begnügen» müssen. Dazu wird die Schweiz ihre Anstrengungen im Bereich Energiesparen weiterführen – die erhöhte Bereitschaft dazu ist zweifellos auch ein Verdienst des Moratoriums.

## Energiegesetz

An der Energiefront wird heute dem Energiesparen höchste Priorität eingeräumt – auch dies eine Folge der Abstimmung vom September 1990, einem Datum, das für einen tiefen Einschnitt in der schweizerischen Energiepolitik steht. Volk und Stände haben damals nicht nur die Ausstiegsoption verworfen und das Moratorium angenommen, sondern auch für einen Energieartikel gestimmt, der die Moratoriumsperiode quasi mit konkretem Inhalt versehen sollte. Dieser Energieartikel sieht Massnahmen zur Förderung einer rationalen und umweltfreundlichen Energieversorgung und -nutzung vor.

Rund sieben Jahre nach der Annahme des Artikels hat der Nationalrat in der Sommersession 1997 nun das Energiegesetz beraten, das den Ende 1998 ablaufenden Energieerzeugungsbeschluss ersetzt wird. Letzterer war getroffen worden, um den Volkswillen schneller umsetzen zu können. Die Debatte im Nationalrat hat einmal mehr die energiepolitische Pattsituation zutage gefördert: Dem notorisch atomeindlichen rot-grünen Block, der für strengere Umweltauflagen und intensivierte Sparanstrengungen votiert, steht das bürgerliche Lager gegenüber, das weniger Vorschriften und mehr Marktfreiheit fordert.

## Frommer Steuerwunsch

Die Begeisterung des Nationalrats über das vorgelegte Energiegesetz hielt sich

in engen Grenzen; der Entwurf wurde denn auch nur knapp, mit 76 gegen 60 Stimmen, angenommen. Der Nationalrat hat dabei einer Energiesteuer zugestimmt, die jährlich eine Milliarde Franken zur Förderung erneuerbarer Energien und rationaler Energienutzung einbringen soll, wobei über diesen Betrag gestritten wird. Lanciert wurde diese Steueridee, die erwartungsgemäss regen Beifall vom rot-grünen Lager erhielt, durch den Bieler FDP-Nationalrat Marc Suter. Er schlägt vor, auf die Energieträger Erdöl, Gas, Kohle und Uran eine Steuer von 0,6 Rappen pro Kilowattstunde zu erheben.

Die konkrete Umsetzung dieser Besteuerung wird es nötig machen, die staatliche Bürokratie auszubauen sowie den Benzinpreis zu erhöhen. Beim Ben-

zin steht jedoch immer noch eine Preissteigerung zur Finanzierung der Neat im Raume (falls man sich je darauf einigt, dieses Projekt auch tatsächlich zu realisieren). Es kann also schon heute vorausgesagt werden, dass diese jüngste Steuervariante an wirtschafts- und sozialpolitischen Bedenken scheitern wird.

## Sparen? Ja, aber ...

Gegen eine effiziente und sparsame Energienutzung lässt sich eigentlich nichts einwenden. Aber auch in Zeiten des schwachen oder Nullwachstums muss die Wirtschaft funktionieren können. Mit dem Aktionsprogramm «Energie 2000» gab der Bundesrat im Anschluss an die Volksabstimmung vom



September 1990 die energiepolitische Stossrichtung für die neunziger Jahre an. Es hat eine Reihe von Energiesparmassnahmen gefördert, die inzwischen praktisch ausgeschöpft sind. Ob sie wollen oder nicht, die Grünen und die Kernenergiegegner müssen eingestehen, dass sich die Moratoriumsphase dem Ende zuneigt, ohne dass es ihnen gelungen wäre, eine valable Alternative zur Kernenergie aufzuzeigen (was eigentlich von Anfang an klar war).

Das Aktionsprogramm «Energie 2000», das vor allem auf die Förderung erneuerbarer Energien und auf die Stabilisierung des Stromkonsums ausgerichtet ist, sieht auch eine zehnpromozente Kapazitätssteigerung der fünf Schweizer Kernkraftwerke (Beznau I und II, Mühleberg, Gösgen und Leibstadt) sowie den Ausbau einiger Wasserkraftwerke vor. Doch die Umsetzung ebendieser Programmpunkte stösst auf den erbitterten Widerstand genau jener Kreise, die gegen die Atomenergie, gegen neue Kraftwerke und gegen jegliche andere Eingriffe in die Umwelt opponieren.

Eine Gaskasse also? Es scheint tatsächlich so, zumindest bis zu jenem Zeitpunkt, in dem Massnahmen unabdingbar werden. Dannzumal wird man

**Die Wasserkraft spielt in der schweizerischen Energieversorgung nach wie vor eine Hauptrolle: Stausee in Punt dal Gall im Engadin. (Foto: MNP)**

auf jene Öl- oder Gaskraftwerke zurückkommen müssen, welche die Umweltkreise immer als ökologischen Unsinn verurteilt haben. Auch bezüglich der Lagerung von radioaktiven Abfällen wird Obstruktionspolitik betrieben: Die Umweltkreise werden nicht müde, die Atomindustrie dafür zu kritisieren, dass sie noch keinen Standort für die Lagerung der Abfälle gefunden hat. Gleichzeitig wird aber jedes Projekt für eine mögliche Lösung des Problems von denselben Gruppierungen torpediert – getreu dem Motto: «Eine Lösung muss dringend gefunden werden, aber bitte nicht vor unserer Haustüre».

Das energiepolitische Kriegsbeil wurde nur vorübergehend begraben; die Fronten sind nach wie vor verhärtet. Mit Sicherheit kann heute vorausgesagt werden, dass niemand es wagen wird, den Bau neuer Atomkraftwerke zu fordern – schon gar nicht die Kernenergie-Promotoren, die auf die Projekte von Kaiseraugst (350 Millionen Franken Verlust) und Graben (227 Millionen Franken Verlust) verzichtet haben.

Inzwischen verdüstert sich der Schweizer Energie-Himmel zusehends, und ein Unbehagen stellt sich ein beim nicht ganz unrealistischen Gedanken, unsere Partner könnten eines Tages den Stromhahn zudrehen. ■



**Gut 40 Prozent des schweizerischen Strombedarfs werden aus Atomkraftwerken gedeckt. Doch die Zukunft dieser Energieform steht in der Schwebe. (Foto: Incolor)**

\* Marco Carugo ist Bundeshauskorrespondent der Schweizerischen Depeschengentur.